

Gesundheitspolitische Bilanz - Versorgung in Gefahr

ABDA-Präsidentin Gabriele Regina Overwiening
Bundespressekonferenz, Berlin, 11. April 2024

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

vor einem halben Jahr richteten die drei wesentlichen Säulen der ambulanten Gesundheitsversorgung einen ersten, eindringlichen und gemeinsamen Appell zum Erhalt der Versorgung an den Bundeskanzler. Mit Blick auf die Arzneimittelversorgung hat sich seitdem leider nichts zum Guten gewandelt – im Gegenteil. Die Liste der nicht lieferbaren Arzneimittel wächst, damit wächst die Gefahr, dass wir in den Apotheken Menschen unversorgt nach Hause schicken. Trotz des belastenden Fachkräftemangels versuchen unsere Apothekenteams jeden Tag alles, um für die Patientinnen und Patienten noch Versorgungslösungen zu finden, zu kreieren. Die Politik wäre gut beraten, den Apotheken möglichst viele bürokratische Hürden mit entsprechenden Kontrollzwängen zu ersparen. Denn nur so können in den Apotheken schnell geeignete Alternativen für die Patientinnen und Patienten gefunden werden. Das BMG sieht das leider nicht so: Die Abgabe- und Austauschfreiheiten, die während der Pandemie galten, hatten sich eigentlich bewährt, sie wurden aber trotzdem in weiten Teilen wieder gestrichen. Für nicht lieferbare Kinderarzneimittel wurden sogar neue bürokratische Kontrollmechanismen eingeführt, die Mehrarbeit und Kosten verursachen. Dabei wäre es so einfach: Apothekerinnen und Apothekern müssen endlich die ihrer Expertise entsprechenden Entscheidungskompetenzen und -freiheiten erhalten, damit Patientinnen und Patienten auch bei Lieferproblemen sicher versorgt werden. Egal zu welcher Tages- oder Nachtzeit!

In dieser angespannten Lage startete zu Jahresbeginn das E-Rezept. Neben den unzähligen Lieferengpässen helfen die Apothekenteams ihren Patientinnen und Patienten, dieses neue Verordnungssystem zu verstehen. Da die Einführung auf technischer Seite mehr als holprig erfolgt, zehrt das auch an der Geduld der Patientinnen und Patienten und droht deren Vertrauen in die digitalen Prozesse zu zerstören. Das wäre fatal für die Akzeptanz der Digitalisierung im Gesundheitswesen. So kam es durch wiederkehrende Systemausfälle in den vergangenen Wochen immer wieder dazu, dass Menschen stundenlang überhaupt nicht mit Medikamenten versorgt werden konnten. Die berechtigte Erwartung der Bevölkerung ans BMG ist, dafür zu sorgen, dass dieses System sicher und stabil funktioniert. Und das nicht nur theoretisch, sondern praktisch! Wenn die Menschen ihre Arztpraxen und Apotheken vormittags gar nicht mehr besuchen, weil sie mit Systemfehlern rechnen, ist das ein inakzeptabler Zustand. Anstatt sensibel und kompetent eine schnelle Lösung dieser Probleme herbeizuführen, hat das BMG im Alleingang und entgegen den Warnungen aller Fachverbände in der Selbstverwaltung, Großkonzernen einen

neuen, unsicheren Zugriff auf E-Rezepte ermöglicht. Eine am Wohl der Patientinnen und Patienten ausgerichtete Gesundheitspolitik sieht anders aus.

Auch die Apothekendichte in Deutschland hat sich seit Herbst negativ entwickelt. Immer mehr Patientinnen und Patienten müssen weitere Wege zu ihrer Apotheke zurücklegen. Allein im vergangenen Jahr sind rund 500 Apotheken weggefallen – das ist ein absoluter Minusrekord und entspricht der Apothekenzahl von ganz Thüringen!

Besonders wichtig für die Zukunft der wohnortnahen Arzneimittel-Versorgung ist die Bereitschaft unseres eigenen Nachwuchses, sich mit einer Apotheke vor Ort selbständig zu machen. Das gelingt nur, wenn sich der Betrieb einer Apotheke wirtschaftlich rentiert. Das Apothekenhonorar wurde seit elf Jahren nicht angepasst, zuletzt hat es die Ampel sogar gekürzt. In dieser Zeit sind die Kosten der Apotheken um 60 Prozent gestiegen, die Inflation um fast 30.

Herr Lauterbach weiß von diesen bedrohlichen Entwicklungen für die wohnortnahe Versorgung. Wir haben ihm Lösungsvorschläge vorgelegt. Auf keine dieser Ideen hat der Minister konstruktiv reagiert. Ganz im Gegenteil: Statt die wohnortnahe Arzneimittelversorgung der Bevölkerung durch die Apotheken vor Ort zu stabilisieren, kündigt er Scheinreformen an. Seine aktuellen Ideen bedeuten für die Bevölkerung klare Leistungskürzungen. So würden durch eine geplante Honorar-Umgestaltung noch mehr Menschen ihre Apotheke verlieren. Zudem sollen in den Scheinapotheken keine Apothekerinnen und Apotheker mehr arbeiten. Damit könnten mehrere benötigte Leistungen, wie beispielsweise die Abgabe von Betäubungsmitteln oder die Rezeptur-Herstellung, nicht mehr angeboten werden. Rund 160.000 hoch qualifizierte Menschen arbeiten in den Apotheken vor Ort, hauptsächlich Frauen. Für die Kommunen sind die Apotheken vor Ort eine starke Säule ihrer sozialen Infrastruktur. Gesundheit ist ein wesentlicher Baustein für unseren sozialen Frieden. Wir kämpfen dafür, dass die Gesundheit der Menschen nicht aufs Spiel gesetzt wird.